



Lübeck, 28.02.2022

Bericht -öffentlich-

Verantwortliche Bereiche:

4.401 - Schule und Sport
2.000.2 - Stabsstelle Integration
4.041.7 - Lübecker Museen
4.415 - Archiv
4.513 - Jugendarbeit

Bearbeitung: Nicole Maas (E-Mail: nicole.maas@luebeck.de Telefon: 122-4071)

Bericht zum Antrag der FDP-Fraktion zur Erstellung eines Aktionsplans zur Bekämpfung des Antisemitismus (VO/2020/08734)

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
25.04.2022	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
12.05.2022	Schul- und Sportausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme
17.05.2022	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme
19.05.2022	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Kenntnisnahme
02.06.2022	Jugendhilfeausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme
07.06.2022	Ausschuss für Soziales	Öffentlich	zur Kenntnisnahme

Anlass:

Bericht zum Antrag der FDP-Fraktion zur Erstellung eines Aktionsplans zur Bekämpfung des Antisemitismus (VO/2020/08734)

Bericht:

In einer Epoche der Zunahme politisch motivierter Gewalttaten und antisemitischer Haltungen ist die Positionierung der Kommune für eine lebendige Erinnerungskultur und die Verantwortung für schulische und außerschulische Bildungsarbeit gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit unabdingbar.

Auftrag der Bürgerschaft war es, einen Aktionsplan zu erstellen, mit dem Antisemitismus in Lübeck in all seinen Erscheinungsformen noch entschiedener bekämpft werden kann. Der Fokus sollte dabei auf Lübecker Schüler:innen gerichtet sein. Dazu sollte ein Präventions-, Interventions- und Beratungsprogramm an Lübecker Schulen und Jugendzentren sicherstellen, dass Jugendliche für die Gefahren von Antisemitismus sensibilisiert, bei Konfliktfällen mit antisemitischem Hintergrund Hilfe erhalten und Lehrkräfte sowie Betreuer:innen bei der Antisemitismus-Prävention unterstützt werden. Der Vernetzung der schulpsychologischen Dienste mit örtlichen Einrichtungen der Jugendhilfe und Jugendarbeit, der Polizei sowie mit Einrichtungen zur Prävention und Intervention bei Antisemitismus sollte dabei verstärkt Rechnung getragen werden.

Ebenfalls sollte mit Blick auf die Museen an der Schnittstelle von Schule und Gesellschaft die Stärkung der historisch-politischen Bildungsarbeit erreicht werden. In den Lübecker Museen sollte eine Präsentation zur Geschichte und Gegenwart des Judentums und ein begleitendes

digitales Angebot eingerichtet werden. Des Weiteren sollte die Carlebach-Sammlung zeitnah der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Mit diesem Bericht werden Schwerpunkte und die entsprechenden Maßnahmen zur Bekämpfung des Antisemitismus im Speziellen, als auch der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit im Allgemeinen, aufgezeigt.

Die Betrachtung erfolgt aus Sicht des Bereichs Schule und Sport mit Einbindung der betroffenen Bereiche der Fachbereiche 2 und 4.

1. Gemeinsam gegen Rassismus

Am 19.06.2020 ist die Hansestadt Lübeck der Europäischen **Städtekoalition gegen Rassismus** e.V. beigetreten. In der Aufnahmekonferenz hat sich die Hansestadt Lübeck zu einem 10-Punkte-Aktions-Plan mit regelmäßiger Fortschreibung und Berichterstattung verpflichtet, basierend auf der eingereichten Konzeption (siehe Anlage 1).¹

In Abstimmungsgesprächen zwischen den Fachbereichen 2 und 4 wurde sich mit der Stabsstelle Integration darauf verständigt, dass das Thema Antisemitismus aufgrund der Synergieeffekte in den 10-Punkte-Aktions-Plan der Hansestadt Lübeck aufgegriffen wird.

2. Integration fördern

Ein wichtiger Baustein im 10-Punkte-Aktionsplan ist das 2021 aktualisierte und von der Bürgerschaft verabschiedete **Integrationskonzept (VO/2021/09701)**. In einem mehrstufigen Beteiligungsverfahren hat die Stabsstelle Integration priorisierte Leit- und Teilziele für die kommunalen Handlungsfelder entwickelt, welche in das Integrationskonzept aufgenommen wurden. Es wurde ein Maßnahmenkatalog entwickelt, der in Abhängigkeit der Priorisierungen ab 2022 umgesetzt wird.

3. Extremismusprävention und Demokratieförderung

Der Bereich Jugendarbeit der Hansestadt Lübeck hat sich 2021 erfolgreich beim Bundesprogramm **„Demokratie leben - Vielfalt gestalten- Extremismus verhindern!“** beworben. Das Programm beinhaltet eine mehrjährige, umfangreich durch Bund und Land geförderte Projektpartnerschaft, die auf vielfältige Weise für demokratisches Denken und Handeln wirbt, gegen Ausgrenzung und Feindseligkeit aufsteht und für ein tolerantes Miteinander in der Gesellschaft wirbt. Ein sogenannter „Begleitausschuss“, der sich mehrheitlich aus Vereinen, Verbänden und Initiativen zusammensetzt, in dem aber auch städtische Verwaltungsbereiche, u.a. die Bereiche Schule und Sport sowie Stabsstelle Integration, mitwirken, ist für die strategische Planung der Programminhalte sowie die Entscheidung über die Verwendung eines Etats aus Bundesmitteln verantwortlich. Er ist am 18.08.2021 erstmalig zusammengetreten. Das Jugendforum wurde im Oktober gegründet und ist im Begleitausschuss mit zwei Stimmen vertreten. Eine erste Demokratiekonferenz mit vielen Mitwirkenden wurde am 17.09.2021 durchgeführt.

Projektpartner:innen sind die Hansestadt Lübeck, Fachbereich Kultur und Bildung, Bereich Jugendarbeit/Jugendamt und der freie Träger der Jugendhilfe Sprungtuch e.V., der sich auf eine entsprechende Interessensbekundung mit einem umfangreichen Konzept beworben hatte. Gemeinsam werden die Partner:innen für die nächsten Jahre Strukturen in Lübeck entwickeln, die den Dialog einschlägiger Vereine, Initiativen und Verbände mit der Kommunalverwaltung pflegen, über ein Jugendforum eine Plattform für direkte Kommunikation mit jungen Menschen herstellen und kleine und große Projekte in der Stadt fördern, die dem

¹ <https://www.luebeck.de/files/rathaus/verwaltung/antidiskriminierung/10-Punkte-Aktions-Plan-der-Hansestadt-Luebeck.pdf>

Programmzweck entsprechen. Antisemitische Stereotypen werden von Generation zu Generation weitergetragen. Diese Stereotypen durch Dialog aufzubrechen, ist Ziel des Programms „Demokratie leben“.

Mit dem Landesdemokratiezentrum Schleswig-Holstein (<https://www.landesdemokratiezentrum-sh.de/>) besteht seit mehreren Jahren über **PROvention** (Präventions- und Beratungsstelle gegen religiös begründeten Extremismus) und RBT-Regionale Beratungsteams gegen Rechtsextremismus eine Zusammenarbeit mit den Bereichen Jugendarbeit, Schule und Sport sowie der Stabsstelle Integration der Hansestadt Lübeck. Auch führt PROvention seit 2021 in Zusammenarbeit mit dem Bereich Jugendarbeit und der Stabsstelle Integration regelmäßig den Runden Tisch „Religiös begründeter Extremismus in Lübeck“ durch. Zuletzt hat PROvention im Gesamtteam Schulsozialarbeit im September 2021 sein aktuelles Beratungsangebot präsentiert.

Zudem besteht ein Austausch mit dem Bundesprogramm **Respekt Coaches**, das in Lübeck beim Jugendmigrationsdienst der Gemeindediakonie angesiedelt ist.

Weiterhin erfolgt ggf. die Hinzuziehung der Jugendsachbearbeiter von **AGGAS** (Arbeitsgemeinschaft gegen Gewalt an Schulen) der Lübecker Polizei.

4. Demokratiebildung in der Schule

Schule ist ein zentraler Ort für Demokratiebildung (<https://www.demokratie-leben.de/neue-entwicklungen-in-der-antisemitismuspraevention>) und bietet sich durch die Erreichbarkeit aller Schüler:innen für verschiedene Projekte an.

Der Bereich Schule und Sport hat die Umsetzung eines Geschichtsprojektes an den Lübecker Schulen mit Unterstützung durch die Possehl-Stiftung begleitet. Das **Unterrichtsprojekt** „**Vergessene jüdische Kinder und Jugendliche in Lübeck**“ wurde konzipiert vom ehemaligen Geschichtslehrer Günter Knebel auf der Basis eines pädagogischen Konzeptes der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem und unterstützt durch die Recherchearbeit von Fr. Kugler-Weimann von der Initiative „Stolpersteine für Lübeck“. Es beschäftigt sich mit den Schicksalen von Kindern und Jugendlichen aus fünf jüdischen Lübecker Familien: Rosi Daicz, Josef und Berthold Katz, Peter Mansbacher, Hanna und Hermann Mecklenburg und die Geschwister Prenski.

Das Geschichtsprojekt verfolgt einen regionalen und altersgemäßen Ansatz in der Vermittlung des Holocaust im 21. Jahrhundert und kann sowohl im regulären Unterricht wie auch an Projekttagen in den Jahrgängen 9 bis 13 durchgeführt werden. Es ermöglicht einer Schulklasse, aufgeteilt in fünf Gruppen, die Gestaltung einer Ausstellung zu jeweils einer Familiengeschichte durch vielfältige Materialien wie ein Lehrer- und Glossarheft, fünf Geschichtsalben mit Fotos und Objektkarten sowie weiteren zeitgeschichtlichen Dokumenten aus der Zeit vor 1933 bis in die Gegenwart.

Im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus wurde das Material der Öffentlichkeit am 14.03.2022 in der Carlebach-Synagoge erstmalig präsentiert. Am 15. und 23.03.2022 fanden Fortbildungen durch Hr. Knebel zu den Materialien statt, so dass ein Einsatz in den Schulen nach den Osterferien erfolgen kann.

5. An der Seite von Opfern gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stehen

Der Bereich Schule und Sport verantwortet die **Schulsozialarbeit** an den Lübecker Schulen. Aufgabe von Schulsozialarbeit ist die Stärkung und Entwicklung von persönlichen und sozialen Kompetenzen, u.a. über die Durchführung von Sozialkompetenztrainings. Ein positives Selbstbild und ein gutes Selbstwertgefühl der Schüler:innen verbunden mit Wertschätzung und einem respektvollen Umgang mit Mitschüler:innen und Lehrkräften sind wichtig, um die Entwicklung von extremistischen Ansichten zu verhindern.

Toleranz im Umgang miteinander wird durch weitere schulische Angebote wie Klassenrat, Schülerparlament sowie die Ausbildung von Klassensprecher:innen gestärkt. Auch hier wird die Schulsozialarbeit einbezogen.

Neben der präventiven Arbeit der Schulsozialarbeiter:innen ist es auch Aufgabe, interventiv bei Mobbing und grenzverletzendem Verhalten zu agieren. Hierzu setzen die Schulsozialarbeiter:innen u.a. die Methode des No-blame-approach ein, die mit der Gruppe der beteiligten Schüler:innen arbeitet. Dies beinhaltet auch das Einschreiten bei antisemitischen Äußerungen und Handlungen. Hierbei erfolgt eine enge Zusammenarbeit mit der Schulleitung, die für Ordnungsmaßnahmen etc. zuständig ist.

In regelmäßigen Konferenzen und Gesprächen zwischen den Schulleitungen, dem Schulamt und dem Bereich Schule und Sport wird die Tätigkeit der Schulsozialarbeit im Hinblick auf aktuelle Entwicklungen überprüft. Thematisiert wurden hierbei auch extremistische Entwicklungen.

Darüber hinaus beteiligen sich sieben Lübecker Schulen am bundesweiten Schulnetzwerk „**Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage**“, das sich über vielfältige Veranstaltungen bewusst gegen jede Form von Diskriminierung, Mobbing und Gewalt wendet.

Das Thema Antisemitismus ist zudem regelhaft **Unterrichtsinhalt** in den Fächern Weltkunde und Geschichte. Das Bildungsministerium hat eine Handlungsleitlinie „Religion, Islamismus, Salafismus in Schulen“ für Schulleitungen und Lehrkräfte herausgegeben:

<https://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/III/Service/Broschueren/Bildung/salafismus.html> .

Durch den Bereich Schule und Sport wurde ein **Rundschreiben** an die allgemein- und berufsbildenden **Schulen** sowie an die **Sportvereine** verschickt, in dem auf das Recht zur diskriminierungsfreien Teilhabe auf Basis des Grundgesetzes verwiesen wird und auf die gemeinsame Verantwortung Antisemitismus, Antirassismus und Antidiskriminierung entgegenzuwirken. Hierzu gehört eine Übersicht mit Materialien und Links zum Thema Antisemitismus.

6. Stärkung der historisch-politischen Bildungsarbeit

Im **Museumsentwicklungsplan** der LÜBECKER MUSEEN (VO/2020/09097) ist auf S. 20 dargelegt, dass das **St. Annen-Museum** beabsichtigt, mit der benachbarten Synagoge zu kooperieren. In der **Carlebach-Synagoge** wird eine kleine Präsentation zum Gebäude, zur Rabbinerfamilie Carlebach sowie zur Geschichte der jüdischen Gemeinde in Lübeck entstehen. Die Ausstellung wird von einer wissenschaftlichen Kuratorin und dem Leiter der Völkerkundesammlung gemeinsam mit der jüdischen Gemeinde erarbeitet und wird einige Objekte aus dem Bestand der Völkerkundesammlung dauerhaft präsentieren. Im St. Annen-Museum könnte eine vergleichende Ausstellung über das Christentum und das Judentum diese Präsentation ergänzen und durch begleitende Bildungsangebote einen Beitrag zur Bekämpfung des Antisemitismus in Lübeck leisten. Ein solches Projekt kann jedoch nur als extern kuratierte Sonderausstellung realisiert werden, da die Expertise zu diesem Thema im Museum nicht vorhanden ist. Die dauerhafte Bespielung des Themas erforderte die Einrichtung einer fachwissenschaftlichen Stelle.

Die **Völkerkundesammlung** bietet eine weitere Möglichkeit zur Beschäftigung mit der jüdischen Kultur. Im November 2018 hat die Bürgerschaft mit der VO/2018/06754 entschieden, ihren Beschluss von 2002 über die Schließung des musealen Betriebs aufzuheben und die Eröffnung eines Museums zu Veranlassen. Unter dem Leitmotiv »Lübeck und die Welt« soll die zukünftige Ausstellung sich in unterschiedlichen Modulen u.a. mit den Themen »Lübecker entdecken die Welt«, »Handel und Austausch«, »Kolonialismus«, »Zusammenleben und globale Zusammenarbeit« sowie »Fremdsein in Lübeck« befassen. Letztere Sektion würde u.a. die Kultur der Juden in Lübeck thematisieren und hierzu auch die bedeutende Carlebach-Sammlung wieder der Öffentlichkeit zugänglich machen.

7. Neuausrichtung der Erinnerungskultur

Mit der VO/2019/07965-01-01 Konzept "Wege von Verfolgung und Widerstand in Lübeck" Ergänzungsantrag zu "Gedenkort Gestapozellen im Zeughaus" VO/2019/07965 und VO/2019/07965-01 wurde die die Verwaltung beauftragt, ein fundiertes und zeitgemäßes Konzept für eine **Neuausrichtung der Erinnerungskultur** in der Hansestadt zu erarbeiten. Federführend von Verwaltungsseite ist der **Bereich Archiv**. Das Projekt ist institutionell am **Zentrum für Kulturwissenschaftliche Forschung Lübeck (ZKFL)** angebunden. Es geht darum, das Gedenken in Lübeck gegenwartsbezogen und zukunftsorientiert zu gestalten. Das Konzept befindet sich derzeit in der fachlichen und verwaltungsseitigen Endabstimmung. Es soll eine Strategie zu möglichst breitangelegter Vermittlungsarbeit durch didaktisch aufbereitete Demokratiebildung unter Berücksichtigung der Themen Antisemitismus und Migrationsgesellschaft mit Gegenwartsbezug beinhalten. Das Konzept wird im Verlauf des Jahres 2022 den kommunalpolitischen Gremien und der Öffentlichkeit vorgestellt.

Im Rahmen seiner historischen Bildungsarbeit informiert das Archiv die Öffentlichkeit seit längerem auch über die Geschichte der jüdischen Gemeinde in Lübeck. In der **Veröffentlichungsreihe** des Archivs werden auch Themen der jüngeren deutsch-jüdischen Geschichte aufgegriffen. Zudem befasst sich der vom Archiv initiierte, für alle offene **Arbeitskreis „Lübeck im 20. Jahrhundert“** mit Themen wie Antisemitismus und Rassismus in der jüngeren Geschichte der Stadt.

Des Weiteren sei auch auf die erfolgten Maßnahmen und Ausführungen im Zusammenhang mit dem Festjahr 2021 – JÜDISCHES LEBEN IN DEUTSCHLAND hingewiesen. (VO/2021/09985-01).

Die Hansestadt Lübeck wird weiterhin an der Umsetzung und Weiterentwicklung von Maßnahmen zur Bekämpfung von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie zur Stärkung der Demokratie arbeiten.

Anlagen:

1. 10-Punkte-Aktions-Plan der Hansestadt Lübeck im Rahmen der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus

Senatorin Monika Frank

Verpflichtung

Aktivitäten / Maßnahmen

<p>1. Verstärkte Wachsamkeit gegenüber Rassismus</p> <p>Aufbau eines Überwachungs- und Solidaritäts-Netzwerkes</p> <p>Bsp.:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Einrichtung eines Beratungsgremiums, in dem verschiedene gesellschaftliche Akteure vertreten sind (Jugendliche, Künstler, Repräsentanten von Nichtregierungsorganisationen, der Polizei, der Justiz, der Stadtverwaltung etc.), um die örtliche Situation einschätzen zu können. - Entwicklung eines Systems in Zusammenarbeit mit Organisationen der Zivilgesellschaft, um rasch auf rassistische Handlungen reagieren und die zuständigen Behörden informieren zu können. - Thematisierung von Rassismus und Diskriminierung in möglichst vielen Institutionen und Organisationen in der Stadt. 	<p>Laufend:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Regelmäßige Organisation von Gedenktagen, Informationsveranstaltungen, Diskussionsrunden sowie ‚Antirassistischen Kulturtagen‘ seitens der Migrant:innenselbstorganisationen (MSO’s) in der Hansestadt Lübeck. - Die im ‚Kriminalpräventiven Rat‘ der Hansestadt Lübeck vertretenen Institutionen thematisieren das Thema Rassismus anlassbezogen. <p>Geplant:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Einbindung des Themas in bestehende Vernetzungsrunden (z.B. AK Migration) sowie regelmäßige Reflexion und Sensibilisierung. - Kommunaler Präventionsrat – mit der Arbeitsgemeinschaft ‚Demokratie leben – Vielfalt gestalten‘, mit ständigem TOP ‚Wachsamkeit gegenüber Rassismus‘.
<p>2. Bewertung der örtlichen Situation und der lokalen Maßnahmen</p> <p>Aufbau einer Datensammlung, Formulierung erreichbarer Ziele und Entwicklung von Indikatoren, um die Wirkung der kommunalen Maßnahmen bewerten zu können</p> <p>Bsp.:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen, um die Daten und Informationen regelmäßig analysieren und Studien zur örtlichen Situation erstellen zu können. - Entwicklung konkreter, stadt spezifischer Empfehlungen auf der Grundlage der Datenanalyse. 	<p>Laufend:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Es bestehen verschiedene Datenbanken, u.a. über landesweite Einrichtungen, die der Aufklärung, Prävention und Beratung i.S. Antirassismus dienen. <p>Geplant:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Analyse der IST-Situation bezüglich Rassismus / Diskriminierung in der Hansestadt Lübeck, u.a. auf Basis vorhandener landesweiter Daten sowie der Daten der Zentralen Beschwerdestelle der Hansestadt Lübeck.

<p>3. Bessere Unterstützung für die Opfer von Rassismus und Diskriminierung</p> <p>Unterstützung für die Opfer, damit sie sich künftig besser gegen Rassismus und Diskriminierung wehren können.</p> <p>Bsp.:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Einrichtung der Stelle einer Ombudsperson oder einer Anti-Diskriminierungs-Abteilung in der Stadtverwaltung, die sich mit entsprechenden Beschwerden befasst. - Förderung örtlicher Einrichtungen, die Opfern rechtlichen und psychologischen Beistand leisten. - Entwicklung vorbeugender Maßnahmen im Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung. - Einführung von Disziplinarmaßnahmen gegen Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung, die sich rassistischen Verhaltens schuldig gemacht haben. 	<p>Laufend:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Zentrale Beschwerdestelle beim Bürgermeister der Hansestadt Lübeck. - Regeldienste und Projekte im gesamten Stadtgebiet, wie z. B. Migrationsberatungsstellen (JMD, MBE, MBSH), frauenspezifische Beratungsstellen, Schulsozialarbeiter:innen etc. sind für das Thema sensibilisiert. - Beratung von Betroffenen, Angehörigen und Zeug:innen nach rassistischen, antisemitischen und anderen rechtsmotivierten Angriffen durch landesweite Einrichtungen. <p>Geplant:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Zentrale Beschwerdestelle der Hansestadt Lübeck soll ausgebaut und professionalisiert werden; ein niedrighschwelliger Zugang wird sichergestellt. - Stärkere Bewerbung der bereits existierenden landesweiten Einrichtungen, die der Aufklärung, Prävention und Beratung dienen.
<p>4. Bessere Beteiligungs- und Informationsmöglichkeiten für die Bürger:innen</p> <p>Bessere Information der Bürger/innen über ihre Rechte und Pflichten, über Schutzmaßnahmen, rechtliche Möglichkeiten und Sanktionen für rassistisches Verhalten.</p> <p>Bsp.:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Verbreitung von Publikationen, die über die Rechte und Pflichten der Bürger/innen in einer multikulturellen Gesellschaft, über die Anti-Rassismus-Politik der Stadtverwaltung, über Sanktionen für rassistisches Verhalten und über Kontaktadressen informieren, an die sich 	<p>Laufend:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Das Forum für Migrant:innen in der Hansestadt Lübeck vertritt die Interessen von Menschen mit Migrationshintergrund. - Seitens der MSO's in der Hansestadt Lübeck werden regelmäßig Veranstaltungen zu den ‚Internationalen Wochen gegen Rassismus‘, zum ‚Internationalen Tag gegen Rassismus und Diskriminierung‘, zu den ‚Interkulturellen Wochen‘ uvm. durchgeführt. - Ein aus Bundes- und Landesprogrammen gefördertes Büro der ‚regionalen

<p>Opfer oder Zeugen gegebenenfalls wenden können.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Regelmäßige Durchführung eines vielfältigen Veranstaltungsprogramms zum "Internationalen Tag gegen Rassismus und Diskriminierung" am 21. März, um die Öffentlichkeit zu informieren und zu sensibilisieren. - Unterstützung der Nichtregierungsorganisationen in ihren Bemühungen, über Rassismus und Diskriminierung aufzuklären und Aktionen gegen diese Phänomene zu entwickeln. 	<p>Beratungsteams gegen Rechtsextremismus (RBT) ist in der Hansestadt Lübeck ansässig.</p> <hr/> <p>Geplant:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bewerbung der Hansestadt Lübeck auf das Programm „Demokratie leben“. - Erstellung eines Wegweisers zu Angeboten und Ansprechpartner:innen der Themenbereiche Zivilcourage, Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus inkl. einer sozialraumorientierten Kartierung sowie verstärkte Bewerbung vorhandener Publikationen des Landesdemokratiezentrum Schleswig-Holstein oder des Landespräventionsrats Schleswig-Holstein.
<p>5. Die Stadt als aktive Förderin gleicher Chancen</p> <p>Förderung gleicher Chancen auf dem Arbeitsmarkt.</p> <p>Bsp.:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Aufnahme von Anti-Diskriminierungs-Bestimmungen in städtische Verträge und bei der Vergabe von Lizenzen (z. B. Gaststätten, Diskotheken etc.). - Öffentliche Auszeichnung von örtlichen Unternehmen, die den Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung aktiv unterstützen. - Wirtschaftliche Förderung diskriminierter Gruppen. - Förderung von interkulturellen Fortbildungsangeboten für Firmenangestellte in Kooperation mit Gewerkschaften, Berufs-, Handels- und Industrievereinigungen. 	<p>Laufend:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die MSO's in der Hansestadt Lübeck führen regelmäßig öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen / Aktionen zum „Deutschen Diversity Tag - für mehr Vielfalt in der Arbeitswelt“ durch. - Die Stabsstelle Integration der Hansestadt Lübeck fördert aktiv Chancengleichheit und Teilhabe. <hr/> <p>Geplant:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Aufnahme von Zielvereinbarungen - zur interkulturellen Öffnung - in die Budgetverträge der Zuschussempfänger:innen der Hansestadt Lübeck. - Antirassistische Leitbilder werden als Standard in den Schulen der Hansestadt Lübeck verankert.



<p>6. Die Stadt als Arbeitgeberin und Dienstleisterin, die gleiche Chancen nachhaltig fördert</p> <p>Die Stadt verpflichtet sich, als Arbeitgeberin und Dienstleisterin Chancengleichheit und Gleichberechtigung zu gewährleisten.</p> <p>Bsp.:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Einführung von Maßnahmen zur Förderung der interkulturellen Kompetenz innerhalb der Stadtverwaltung. - Förderung der Beschäftigung von Personen mit Migrationshintergrund und aus diskriminierten Gruppen in der Stadtverwaltung. 	<p>Laufend:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Hansestadt Lübeck ist Unterzeichner:in der ‚Charta der Vielfalt‘. - Die Hansestadt Lübeck ist Unterzeichner:in der ‚Europäischen Charta der Gleichstellung von Frauen und Männern‘. - Regelmäßiges Angebot von Seminaren zum Thema ‚Interkulturelle Kompetenz‘ im Rahmen des Fortbildungsprogrammes der Hansestadt Lübeck. - Ausarbeitung einer Kampagne für mehr Vielfalt in der Kommunalverwaltung.
<p>7. Chancengleichheit auf dem Wohnungsmarkt</p> <p>Entwicklung konkreter Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung bei Vermittlung und Verkauf von Wohnungen.</p> <p>Bsp.:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Entwicklung von Leitlinien oder Verhaltenskodices für städtische und private Unternehmen, die auf dem Immobilienmarkt tätig sind, um Diskriminierungen bei Vermietung und Verkauf von Wohnraum zu bekämpfen. 	<p>Laufend:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die kommunale Wohnungsbaugesellschaft verfügt über interne Leitlinien, die einen diskriminierungsfreien Zugang zu Wohnraum ermöglichen sollen. - Es besteht ein Wohnungsvermittlungskonzept ‚Probewohnen für Geflüchtete‘ in der Hansestadt Lübeck.

<ul style="list-style-type: none"> - Gewährung von Anreizen für Hauseigentümer und Immobilienmakler, die sich zur Einhaltung des städtischen Verhaltenskodex' gegen Diskriminierung verpflichten. - Unterstützung von Personen, die von Diskriminierung betroffen sind, bei der Suche nach Wohnraum. 	<p>Geplant:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Auch Wohnungsbaugenossenschaften und private Mietervereine sollen für einen diskriminierungsfreien Zugang zu Wohnraum sensibilisiert werden.
<p>8. Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung durch Bildung und Erziehung</p> <p>Entwicklung von Maßnahmen gegen ungleiche Bildungs- und Erziehungschancen; Förderung von Toleranz und interkultureller Verständigung durch Bildung und Erziehung.</p> <p>Bsp.:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Entwicklung von Maßnahmen, um Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung und Erziehung sicherzustellen. - Einführung einer Anti-Diskriminierungs-Charta für städtische Bildungseinrichtungen. - Verleihung des Titels "Schule ohne Rassismus" als Auszeichnung für vorbildliche anti-rassistische Aktivitäten und Stiftung eines Preises, der regelmäßig für die besten schulischen Initiativen gegen Rassismus und Diskriminierung vergeben wird. - Entwicklung von Lehrmaterial zur Förderung von Toleranz, Menschenrechten und interkultureller Verständigung. 	<p>Laufend:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Im Stadtgebiet haben 5 Schulen den Titel ‚Schule ohne Rassismus‘. - Das aus Bundesmitteln geförderte und trägeransässige Projekt ‚Respekt Coach‘ wird an 2 Schulen der Hansestadt Lübeck durchgeführt. - Aus dem ‚Integrationsfonds‘ der Hansestadt Lübeck wird aktuell das Projekt ‚Erinnerungskultur - Vorträge von Schüler:innen für Schüler:innen zum Brandanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft in Lübeck‘, gefördert. <p>Geplant:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Antirassistische Leitbilder werden Standard in den Bildungseinrichtungen der Hansestadt Lübeck. - Das aus Bundesmitteln geförderte und trägeransässige Projekt ‚samo.fa‘, dessen Ziele u.a. die Abwehr von Rassismus und Diskriminierung sind, soll um ein Projekt ergänzt werden, welches eine Brückenfunktion zu bestehenden Angeboten der Rassismusprävention einnehmen soll.

<p>9. Förderung der kulturellen Vielfalt</p> <p>Förderung der kulturellen Vielfalt in den Kulturprogrammen, im öffentlichen Raum und im städtischen Leben.</p> <p>Bsp.:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Förderung der Herstellung von Filmmaterial, Dokumentationen etc., die es den von Rassismus und Diskriminierung betroffenen Bevölkerungsgruppen und Personenkreisen ermöglichen, ihre Anliegen und Erfahrungen einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen. - Regelmäßige finanzielle Förderung von kulturellen Projekten und Begegnungsstätten, die die kulturelle Vielfalt der städtischen Bevölkerung repräsentieren. Integration dieser Programme in die offiziellen Kulturangebote der Stadt. - Benennung öffentlicher Bereiche (Straßen, Plätze, etc.) zur Erinnerung an diskriminierte Personen oder Gruppen, bzw. entsprechende Ereignisse. 	<p>Laufend:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Jährliche Vergabe von Fördermitteln für verschiedene Projekte aus dem ‚Integrationsfonds‘ der Hansestadt Lübeck, u.a. auch zur Förderung der kulturellen Vielfalt. - Die Stabsstelle Integration der Hansestadt Lübeck unterstützt und berät bei der Beantragung von Landes- und Bundesmitteln zur Förderung der kulturellen Vielfalt.
<p>10. Rassistische Gewalttaten und Konfliktmanagement</p> <p>Entwicklung oder Unterstützung von Maßnahmen zum Umgang mit rassistischen Gewalttaten und Förderung des Konfliktmanagements.</p> <p>Bsp.:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Einsetzung eines Expertengremiums (Wissenschaftler, Praktiker, Betroffene), das die Stadtverwaltung und die Bevölkerung berät, Konfliktsituationen analysiert und vor übereilten Reaktionen warnt. - Entwicklung eines Angebots an Konfliktmanagement- und Mediationsprogrammen für relevante Institutionen wie Polizei, Schulen, Jugendzentren, Integrationseinrichtungen etc. 	<p>Geplant:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Stabsstelle Integration wird eine Schwerpunktsetzung bei der Vergabe des ‚Integrationsfonds‘ im Jahr 2021 anregen, so dass ein Teil der Mittel ausschließlich an Antirassismus-Projekte sowie Projekte zur Förderung der kulturellen Vielfalt in den Kulturprogrammen vergeben wird. <p>Laufend:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Das Projekt ‚Soziales Lernen in Lübecker Schulen‘ bietet eine Datenbank mit empfehlenswerten Präventionsprogrammen zur Förderung persönlicher und sozialer Kompetenz, z.B. Programme zur Konfliktlösung, Streitschlichtung und Gewaltprävention. <p>Geplant:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kommunaler Präventionsrat, mit den Arbeitsgemeinschaften: ‚Sicherheit im öffentlichen Raum‘, ‚Häusliche Gewalt‘, ‚Deliktbezogene Prävention‘.